

*Die Journalisten Maria del Rosario Arrázola und Hugo García Segura vom Magazin EL ESPECTADOR bewerten in der Online-Ausgabe vom 23.6.2013 die Perspektiven der FARC hinsichtlich ihres Einstiegs in die Politik:*

### **Praktische Erwägungen zum Frieden**

Sieben Monate nach Beginn der direkten Gespräche zwischen den Delegationen der Regierung und der FARC in Kuba beginnen über die gemeinsamen Erklärungen und die Erklärungen außerhalb des Verhandlungstischs seitens der Guerrillachefs hinaus im Friedensprozess nun die eher pragmatischen Abwägungen. Das ist ein Szenario, von dem beide Seiten wussten, dass es früher oder später kommen würde und dessen vielseitige Elemente man in verhaltenem Ton auf den Korridoren des Präsidentensitzes und dem Kongresszentrum in Havanna bereits hören kann.

Was man dabei sagt, ist, dass die FARC erkannt habe, dass einige Realitäten bestehen, die geeignet sein könnten, dass man sich über sie einigt. Dazu gehört auch das Bestehen der FARC auf einer Verfassungsgebenden Versammlung als Mechanismus zur Befragung des Volkes, ein Vorschlag, der die Verrenkung beinhaltet, dass dieses Organ nicht den Verfassungsorganen untergeordnet sein dürfe: "Die Wahl der Mitglieder muss in internen demokratischen Veranstaltungen der Organisationen der Zivilgesellschaft erfolgen, um sicherzustellen, dass die kleinen Leute, die Arbeiter, Kleinbauern, Studenten, Indigenas, Afrokolumbianer und Frauen beitragen können zur Schaffung eines Grundgesetzes, das den Frieden garantiert auf der Basis der sozialen Gerechtigkeit, der Demokratie und der Souveränität".

Dies ist aber ein Weg, den die Regierung nicht bereit ist zu gehen, schon gar nicht, wenn Wege außerhalb der Institutionalität des Landes beschritten werden sollen, wie das der Fall wäre, wenn die Mitglieder Versammlung praktisch durch Daumenheben gewählt würden. So hat sich Präsident Santos geäußert und dies hat Humberto de la Calle bekräftigt, der Leiter der Regierungsdelegation in einem Beitrag für das Magazin SEMANA: "Eine Verfassungsgebende Versammlung ist mehr als eine Volksbefragung, sie ist eine neues Diskussionsgremium. Das ist nicht der Schlusspunkt des Dialogs, es ist im Gegenteil der Beginn eines neuen Dialogs. Anstatt die Vereinbarungen zu bestätigen, öffnet dies die Tür zu ihrer Revision bis hin zu einer Ablehnung des Vereinbarten".

Der Kenner versteht, was in diesen wenigen Worten steckt. Nach Meinung de la Calles gibt es flexiblere Mechanismen, die mehr mit der derzeitigen Realität übereinstimmen, die innovativer in ihren politischen Möglichkeiten für die Guerrilla sind und konstruktiver bei der Suche nach einer Lösung des bewaffneten Konflikts in Kolumbien. Und die FARC hat zum Beispiel begriffen, dass das Thema der politischen Beteiligung zurzeit ein nicht passierbarer Engpass ist, dass ein rechtlicher Rahmen für den Frieden derzeit nur in den Erwartungen existiert und dass rechtliche Verpflichtungen bestehen, die der Staat gegenüber der Gesellschaft und der internationalen Gemeinschaft zu respektieren hat. Deswegen werden abseits vom Verhandlungstisch weiterhin Optionen und Ideen ausgelotet.

Neben anderen Themen wird dabei über Reformen des Wahlrechts und der Justiz geredet, von der Reform des Präsidialsystems, von der Umwandlung der Streitkräfte in eine Friedenstruppe, von den Rechten der Opposition und vor allem von der Stärkung des Prozesses der Dezentralisierung mit dem Ziel von mehr lokaler Demokratie. Dies sind Vorschläge, die darauf abzielen, eine Bresche zu öffnen für eine politische Teilhabe, die mehr auf regionaler als auf nationaler Ebene liegen könnte. Daher stammt auch der Vorschlag, eine Regionalkammer solle

das derzeitige Repräsentantenhaus ersetzen. Was die Guerrilla anstreben könnte, wäre ihre Konsolidierung auf lokaler und regionaler Ebene, oder -mit anderen Worten- sich auf die Gebiete zu konzentrieren, wo sie heute schon Einfluss hat.

Daher kommt auch der Vorschlag, der Unión Patriótica (Linkspartei, deren Führung ermordet wurde und die heute nicht mehr als juristische Person existiert, A.d.Ü.) die Eigenschaft einer juristischen Person wieder zuzuerkennen. Was die FARC möchte, ist eine eigene Partei, gebildet aus ihren eigenen Leuten. Und wenn das erreicht ist, sollen auf regionaler Ebene spezielle Wahlkreise geschaffen werden, die ihrer Wählerschaft Räume schaffen..... Mit anderen Worten, wie es ihr Delegationsmitglied Laure Villa ausdrückte, man will nicht 50 Jahre Kampf eintauschen in drei oder fünf Sitze im Parlament, weil man weiß, dass die traditionelle politische Klasse, auch wenn sie Willen zum Frieden zeigt, nur wenig von dem preisgeben will, was sie jetzt hat.

“Die FARC weiß, dass der Puls des Landes in den Regionen schlägt, dass der Frieden von dort aus aufgebaut wird, zumal dort auch die großen Entwicklungsprojekte der Regierung angesiedelt sind. Dies ist das realistischste Szenario”, erklärte gegenüber EL ESPECTADOR eine Person aus dem Umfeld der Verhandlungen. Und die FARC ist sich bewusst, dass die Perspektive der Zeit nach dem Konflikt auch beinhaltet, dass die mittleren Ränge der Paramilitärs aus den Gefängnissen entlassen werden, nachdem sie ihre Strafen verbüßt haben, die im Gesetz über Gerechtigkeit und Frieden vereinbart wurden. Auch weiß sie, dass die kriminellen Banden bestrebt sind, ihre Geschäfte mit Drogen, Waffen, Erpressung und Entführung zu behalten. Und das verpflichtet die FARC, die Pfeiler ihrer eventuellen Teilnahme an der Politik fest zu bauen, ausgehend von einem Ruf nach Einheit der Befehlsgewalt und Konsens in ihren Vorschlägen.

Ebenfalls, und auch das ist bisher noch nicht auf dem Verhandlungstisch angekommen, hat die Guerrilla verstanden, dass man ohne Kommunikationsmedien nicht Politik machen kann. Bisher hat sie nur von der Demokratisierung der Information gesprochen und von den Massenmedien., aber im Stillen verfolgt sie auch die Option, sich einen regionalen Fernsehkanal zuzulegen, der vom Staat finanziert werden soll und der es ihr ermöglichen soll, ihre Vorschläge und Ideen darüber, wie sie sich das Land wünschen, an die Öffentlichkeit zu bringen. Wie gesagt: Sie will sich Wege öffnen, ausgehend von der lokalen Ebene, auf der bekanntlich die Demokratie aufbaut.

Es ist ein Labyrinth, in das die FARC eintrat, als sie sich setzte um zu verhandeln, und aus dem sie herauskommen möchte ohne Zeichen einer Niederlage. Ihre Vorschläge kommen und gehen und viele davon, wie es diese Woche im Parlament festgestellt wurde, passen sehr wohl in die Gespräche, wie z.B. die Volkswahl der Chefs der Kontrollorgane (z.B.Rechnungshof, A.d.Ü.). Es ist jedoch so, dass die Politik des Landes, angefangen beim Präsidenten, nicht glaubt, dass eine Verfassunggebende Versammlung der beste Weg ist, um den Frieden zu verbürgen, während die FARC sie als die einzige Option ansieht, um Reformen durchzuführen, die nur schwerlich von den Parteien vorangebracht werden können und um sich zu wappnen gegen die Unwägbarkeiten der etablierten Macht.